



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Mittwoch, 14.12.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1

Winterdienst in Ludwigsburg
- Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und
Stadtrat Hillenbrand (Die Linke) vom 19.04.2011

Vorl.Nr. 189/11

Beratungsverlauf:

Herr **Schroff** (FB Technische Dienste) berichtet dem Gremium anhand einer Präsentation über den Winterdienst der Stadt Ludwigsburg. Nach einem kurzen Rückblick auf den Winter 2010/2011 erläutert er die Planung und Ausführung des Winterdienstes in Ludwigsburg. Außerdem geht er auf die technische Ausstattung und die Kosten des Winterdienstes ein.

Das Gremium lobt einmütig den vorangegangenen Sachvortrag.

Stadtrat **Glasbrenner** empfiehlt, die Satzung über die Verpflichtung der Straßenanlieger zum Reinigen, Schneeräumen und Bestreuen der Gehwege zu aktualisieren. Insbesondere in den Gebieten, wo kein Gehweg angelegt wurde wie z. B. in den Neubaugebieten Hartenecker Höhe und Neckarterrasse entstehen Probleme, da eine Breite von einem Meter geräumt werden müsse.

Stadträtin **Burkhardt** ist der Meinung, dass die Satzung aufgrund der problematischen Anwendung bei gemischten Verkehrsflächen überarbeitet werden solle. Weiter kritisiert sie, dass die Technischen Dienste die Gehwege mit Salz streuen, obwohl die Bürger dies nicht dürfen. Sie weist darauf hin, dass die Mittelstreifen an den Hauptverkehrsachsen durch den Winterdienst geschädigt werden.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Rebholz** erklärt Herr **Sauerzapf** (FB Technische Dienste), dass alle innerstädtischen Radwege geräumt werden.

Stadtrat **Rebholz** bittet darum, an den Bushaltestellen breiter zu räumen. Insbesondere an der Bushaltestelle Rathaus sei dies erforderlich.

Herr **Schroff** erläutert, dass die Stadt ausreichend Lagermöglichkeiten für das Salz habe. Neben einem Lager in der Gänsfußallee und einem Lager in Neckarweihingen habe die Stadt in diesem Jahr auch noch die Möglichkeit, ein externes Lager zu nutzen.

Der Antrag zum Winterdienst in Ludwigsburg der Stadträtin Burkhardt (LUBU) und des Stadtrates Hillenbrand (Die Linke) vom 19.04.2011, Vorl. Nr. 189/11, ist durch diesen Bericht erledigt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beschließt die Vergabe der Planungsleistung für die Erstellung eines Teilkonzeptes zur energetischen Verbesserung städtischer Liegenschaften an die IER, Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung der Universität Stuttgart in Höhe von 117.661,25 EUR inkl. 19 % MwSt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) referiert unter Verweis auf die Vorl. Nr. 403/11 über das Konzept zur energetischen Verbesserung in städtischen Liegenschaften und die vorgeschlagenen Vergabe der Planungsleistung. Er stellt Frau Wahl vor, die ab 01.11.2011 die Leitung der Abteilung Gebäudewirtschaft übernommen habe.

Stadtrat **Noz** kritisiert, dass die Vorlage keine Angaben zu den Angeboten der beiden anderen Institute enthalte. Außerdem möchte er wissen, ob die Erstellung des Konzeptes eine freiwillige Leistung sei.

Stadtrat **Juranek** betont, dass die energetische Nachrüstung des Gebäudebestandes eine große Zukunftsaufgabe sei. Es interessiert ihn, nach welchen Kriterien die 10 Objekte ausgesucht werden.

Stadtrat **Glasbrenner** stellt fest, dass die Erstellung des Konzeptes eine freiwillige Aufgabe sei, aber gesetzliche Vorschriften zur Nachrüstung bestehen.

Stadtrat **Haag** bittet um Informationen bzgl. der Auswahl der 10 bzw. 60 Objekte, die in der Vorl. Nr. 403/11 genannt sind.

Stadträtin **Burkhardt** bemängelt, dass die Vorlage keine Angaben enthalte, welche drei Institute zur Abgabe eines Angebots aufgefordert und nach welchen Kriterien die Institute ausgewählt worden seien.

Herr **Weißer** erklärt, dass die folgenden Büros bzw. Institute zur Abgabe eines Angebots aufgefordert worden seien:

- IER (Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung)
- EFG (Engineering Facility Group)
- KEA (Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg)

Die Angebote der Büros EFG und KEA seien dabei um mindestens 30.000,- Euro teurer gewesen als das Angebot des IER. Er schildert, dass die energetische Verbesserung aufgrund der Energieeinsparverordnung und des Klimaschutzzieles, bis zum Jahr 2050 energieneutral zu werden, notwendig sei. Die 60 städtischen Gebäude seien nach Energieverbrauch und anhand der Sanierungsliste ausgewählt worden. Die Gebäudearten und Baujahre dieser 60 Objekte seien sehr

unterschiedlich. Weiter führt er aus, dass die Untersuchung der 10 Gebäude eine umfangreiche Betrachtung sei und auch Aussagen zu den Kosten enthalte. Die Ergebnisse der Untersuchung der 60 Gebäude werden dem Gremium vorgestellt.

TOP 3 **Bauvorhaben Solitudeallee 27,
Gebäudeaufstockung und Nutzungsänderung
- Bauvoranfrage LBW Wealth Management**

Beratungsverlauf:

Herr **Geiger** (FB Bürgerbüro Bauen) berichtet, dass am 10.11.2011 eine Bauvoranfrage der LBW Wealth Management für das Bauvorhaben Solitudeallee 27 eingegangen sei. Die Bauvoranfrage sehe die Änderung der Nutzungen in Ausstellungsräume, Büro, Loftwohnung und Gastronomie vor. Eine Nutzung als Büro und Ausstellungsräume sei baurechtlich möglich, eine Nutzung mit Wohnungen und Gastronomie sei hingegen nicht vorstellbar. Außerdem plane der Bauherr das jetzige Gebäude um zusätzliche 4 Geschosse auf eine Gebäudehöhe von 38 Metern aufzustocken, was nicht genehmigt werden könne. Der vorgesehene Teilabriss eine Hofeinfriedigung sei aus Sicht der Verwaltung vorstellbar. Allerdings könne das Bauvorhaben aufgrund der nicht eingehaltenen Grenzabstände und der Baulasten sowie der hierzu eingegangenen Stellungnahmen der Nachbarn nicht befürwortet werden. Die Verwaltung werde die Bauvoranfrage aufgrund der bereits eingegangenen Einwendungen der Nachbarn sowie der baurechtlichen Schwierigkeiten voraussichtlich ablehnen. Weiter erklärt er, dass die Verwaltung Anfang des Jahres 2012 das Bebauungsplanverfahren einleiten werde, welches in enger Abstimmung mit der Bürgerschaft und dem Gemeinderat durchgeführt werde.

Stadtrat **Noz** erinnert an den Antrag der CDU-Fraktion, der eine Festlegung des Bereichs als Gewerbe-/Industriegebiet vorsah.

Stadtrat **Juranek** betont, dass das Areal eine wichtige Gewerbefläche darstelle.

Stadtrat **Glasbrenner** bestätigt, dass eine derartige Aufstockung an dieser Stelle nicht vorstellbar sei.